

Amtsblatt

für den Landkreis Forchheim

Nr. 17 / 2018

Mittwoch, 27. Juni 2018

26. Woche

Herausgeber: Landratsamt Forchheim
Am Streckerplatz 3
91301 Forchheim

Telefon: (091 91) 86 - 1001
Telefax: (091 91) 86 - 1008

E-Mail: BueroLandrat@lra-fo.de
www.lra-fo.de

1.

Nachruf

Wir trauern um unseren ehemaligen Mitarbeiter

Herrn Rudi Martin

der im Alter von 87 Jahren verstorben ist.

Herr Martin war dreißig Jahre als Hausmeister beim Landkreis Forchheim beschäftigt.

Herr Martin übte dieses Amt mit überragendem Pflichtbewusstsein aus.

Aufgrund seiner überaus großen Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit wurde er sowohl von Vorgesetzten als auch von Kolleginnen und Kollegen äußerst geschätzt.

Der Landkreis Forchheim dankt dem Verstorbenen für seine langjährigen treuen Dienste und wird ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Unser ganzes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Forchheim, 26.06.2018

Landratsamt
Dr. Hermann Ulm
Landrat

für den Personalrat
Klaus Ponner
Personalratsvorsitzender

Inhaltsverzeichnis:

Landratsamt:

1. Nachruf; Herr Rudi Martin
2. Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP); Genehmigungsverfahren gemäß § 68 WHG für den Gewässerausbau des Breitenbaches in Ebermannstadt im Rahmen der Erneuerung der Brücken über den Breitenbach durch die Stadt Ebermannstadt
3. Bekanntmachung, zur vorläufigen Sicherung des vom Wasserwirtschaftsamt Kronach ermittelten Überschwemmungsgebietes der Wiesent (Gewässer II. Ordnung) von Fluss-km 34, 50 – 40, 10

4. Vollzug des Wasserrechts (WHG, BayWG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP); Niederbringung einer Bohrung zur Errichtung des Tiefbrunnen VII des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Heroldsbacher Gruppe; Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung;
5. Haushaltssatzung des Schulverbandes Gößweinstein, (Landkreis Forchheim), für das Haushaltsjahr 2018
6. Haushaltssatzung des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe Sachsenmühle, 91327 Gößweinstein, Landkreis Forchheim für das Haushaltsjahr 2018
7. 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses, am Dienstag, 17.07.2018 um 15:00 Uhr, im Landratsamt, Kulturraum St. Gereon

2.

Landratsamt Forchheim
-Dienststelle Ebermannstadt-
Fachbereich Umweltschutz, Abfallrecht, Wasserrecht
Az.: 44-6410-25/18

Ebermannstadt, 21.06.2018

Steblein

Regierungsrätin

Vollzug des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG); Genehmigungsverfahren gemäß § 68 WHG für den Gewässer- ausbau des Breitenbaches in Ebermannstadt im Rahmen der Erneuerung der Brücken über den Breitenbach durch die Stadt Ebermannstadt

**Bekanntmachung
gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG**

Die Stadt Ebermannstadt beantragte mit Einreichung der Antrags- und Planunterlagen vom April 2018 die wasserrechtliche Genehmigung für die o. g. Maßnahme.

Für den geplanten Gewässerausbau ist gemäß Nr. 13.18.1 der Anlage 1 des UVPG eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles vorgeschrieben.

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens war nach § 7 Abs. 1 UVPG auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der in Anlage 3 UVPG genannten Kriterien festzustellen, ob das Vorhaben erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Ebenso war zu berücksichtigen, inwieweit Umweltauswirkungen durch die vom Träger des Vorhabens vorgesehenen Vermeidungs- und Verminderungsmaßnahmen offensichtlich ausgeschlossen werden oder inwieweit Prüfwerte für Größe oder Leistung, die die Vorprüfung eröffnen, überschritten werden. Im vorliegenden Fall wäre dann eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist, weil mit der beabsichtigten Ausbau- maßnahme keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die genannten Prüfkriterien ersichtlich sind.

Die Stadt Ebermannstadt beabsichtigt, insgesamt 14 Überfahrten über den Breitenbach aufgrund der Baufähigkeit zu erneuern (ein Bauwerk entfällt). Die Planung der Brückenbauwerke unter Zugrundelegung der aktuell geltenden Normen macht stärkere Betonbauwerke erforderlich als die im Bestand vorhandenen. Aufgrund beengter Verhältnisse zwischen der Staatsstraße 2260 und den Anliegergrundstücken besteht keine Möglichkeit, den resultierenden Höhenunterschied zwischen der jeweiligen neuen Brückenoberkante und dem angrenzenden Gelände zu verziehen. Es bleibt als Alternative bei dieser Lösung nur die Tieferlegung der Konstruktionsunterkante Richtung Bach. Die Uferbefestigung bleibt weitestgehend erhalten, so dass auch die neuen Brückenwiderlager – und damit das Abflussprofil mit seiner lichten Weite - vorgegeben sind. Die Erneuerung der Überfahrten geht daher mit einer Sohleintiefung und -neumodellierung einher. Dies stellt einen Eingriff in das Gewässersystem dar.

Aus wasserwirtschaftlicher Sicht ist durch das Ausbauvorhaben mit keinen erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt zu rechnen. Aus naturschutzfachlicher Sicht ist ebenfalls nicht mit erheblichen Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter Wasser, Boden, Natur und Landschaft zu rechnen.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

3.

BEKANNTMACHUNG

zur vorläufigen Sicherung des vom Wasserwirtschaftsamt Kronach ermittelten Überschwemmungsgebietes der Wiesent (Gewässer II. Ordnung) von Fluss-km 34,50 – 40,10

Die Hochwasserereignisse der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es wichtig ist, aktiv vorzusorgen, um Hochwasserschäden zu minimieren. Eine Voraussetzung dafür ist, die Gebiete zu ermitteln, die bei Hochwasser voraussichtlich überschwemmt werden. Das Bayerische Wassergesetz (BayWG) verpflichtet deshalb die Wasserwirtschaftsämter, die Überschwemmungsgebiete in Bayern zu ermitteln und zu kartieren (Art. 46 Abs. 1 BayWG).

Grundlage für die Ermittlung des Überschwemmungsgebietes ist das 100-jährliche Hochwasser (Bemessungshochwasser – HQ100). Ein 100-jährliches Hochwasser wird im statistischen Mittel in 100 Jahren einmal erreicht oder überschwemmt. Da es sich um einen statistischen Wert handelt, kann dieser Abfluss innerhalb von 100 Jahren auch mehrfach auftreten.

Für die Wiesent im Bereich Fluss-km 34,50 – 40,10, Gewässer II. Ordnung, im Landkreis Forchheim wurde das Überschwemmungsgebiet berechnet und in den anliegenden Übersichtsplänen dargestellt. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich dabei um die Ermittlung und Dokumentation einer von Natur aus bestehenden Gefährdungslage und nicht um eine durchgeführte oder veränderbare Planung handelt.

Diese Pläne wurden bereits im Amtsblatt des Marktes Gößweinstein, Nummer 1, Ausgabe: 10.01.2014, sowie im Mitteilungsblatt des Marktes Wiesenttal, Nummer 1, Ausgabe: 17.01.2014 öffentlich bekannt gemacht. Das Überschwemmungsgebiet der Wiesent gilt damit seitdem als „vorläufig gesichert“ im Sinne von Art. 47 Abs. 2 BayWG.

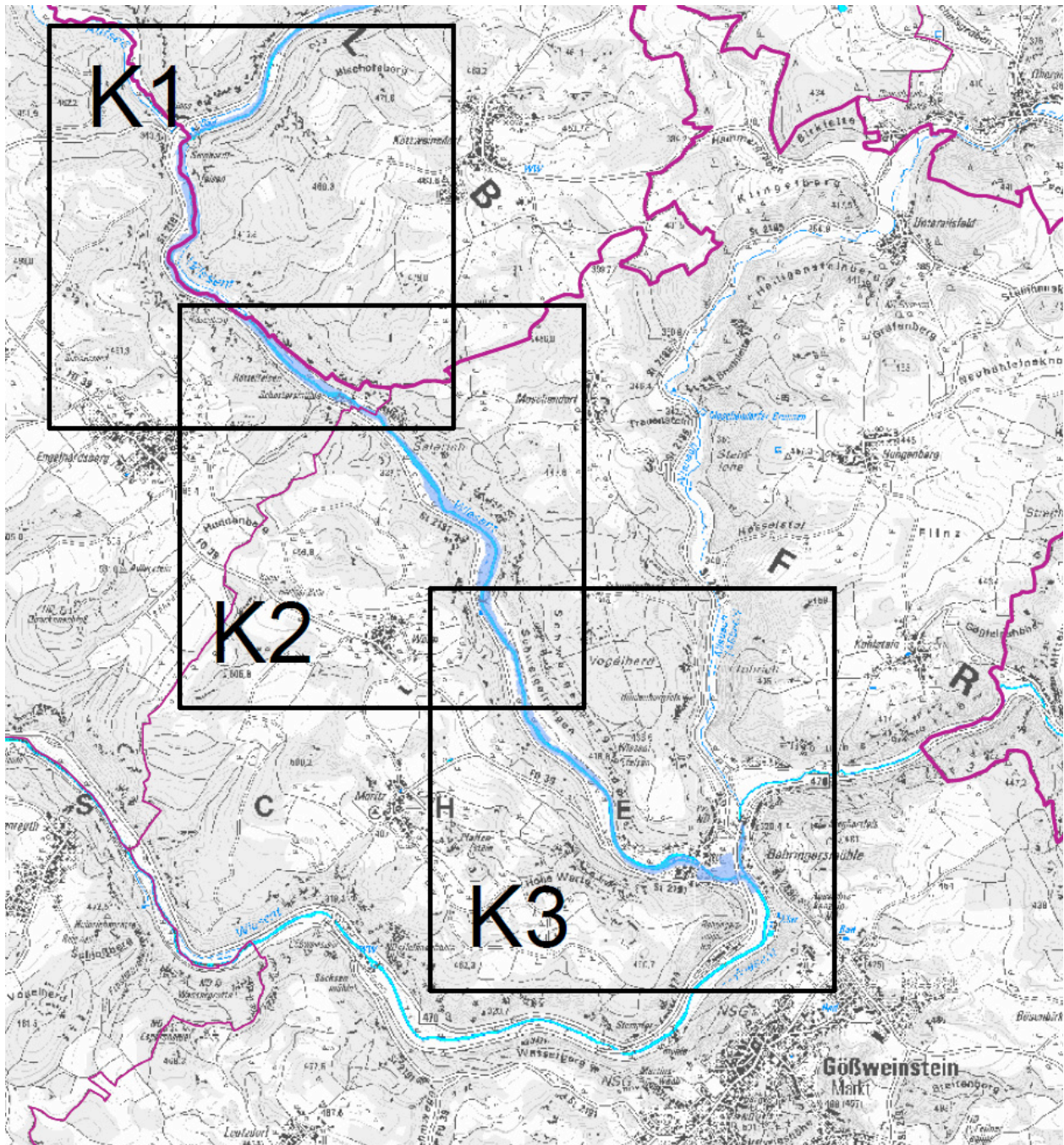
Diese vorläufige Sicherung endet nach Ablauf von fünf Jahren (Art. 47 Abs. 4 BayWG); sie kann im begründeten Einzelfall um weitere zwei Jahre verlängert werden.

Im Fall des Überschwemmungsgebietes an der Wiesent erfolgt daher eine derartige Fristverlängerung.

Die bei einem Bemessungshochwasser überschwemmten Flächen sind in dem beigefügten Übersichtsplan M = 1 : 25.000 grau hinterlegt. Detaillierte Lagepläne im Maßstab M = 1 : 2.500 können im Landratsamt Forchheim, Oberes Tor 1, 91320 Ebermannstadt, 1. Stock Zimmer 108 sowie im Markt Wiesenttal und im Markt Gößweinstein täglich während der üblichen Dienstzeiten eingesehen werden.

Die Verlängerung der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Wiesent um weitere zwei Jahre wird hiermit bekannt gegeben. Die Verlängerung gilt bis zum Ablauf des 11.12.2020.

Mit der vorläufigen Sicherung des Überschwemmungsgebietes der Wiesent sind folgende Rechtswirkungen verbunden:



| | | | |
|--|---|---|-----------|
| <p>N</p> <p>0 500 1000 2000 m</p> | | | |
| <p>Quellen: Geobasisdaten: Landesamt für Vermessung und Geoinformation Bayern Geofachdaten: Wasserwirtschaftsamt Kronach</p> | | | |
| Vorhaben: | Gew II, Wiesenenttal Fluss-km 34,5 bis 40,1 Vorläufige Sicherung des Überschwemmungsgebiets | Anlage: | 4 |
| Vorhabensträger: | Landkreis Forchheim | Plan-Nr.: | Ü |
| Landkreis: | Landkreis Forchheim | | |
| Gemeinde: | Markt Wiesenttal, Gde. Gößweinstein | | |
| Maßstab: | 1 : 25.000 | Ausgabe vom: | Nov. 2013 |
| | Übersichtskarte | Ersatz für: | --- |
| | | Ursprung: | --- |
| <p>Wasserwirtschaftsamt Kronach</p> <p>entworfen 11/13 Lieb gezeichnet 11/13 Lg geprüft 11/13 Lg</p> <p>25.11.2013</p> | | <p>Datum, Name</p> <p>entworfen 11/13 Lieb gezeichnet 11/13 Lg geprüft 11/13 Lg</p> | |

Legende

- Landkreis
- Gemeinde
- Blattschnitt
- ermitteltes Überschwemmungsgebiet

Im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet ist gemäß § 78 Abs. 1 Satz 1

i. V. m. Abs. 8 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) die Ausweisung neuer Baugebiete im Außenbereich in Bauleitplänen oder in sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch untersagt.

Satz 1 gilt nicht, wenn die Ausweisung ausschließlich der Verbesserung des Hochwasserschutzes dient, sowie für Bauleitpläne für Häfen und Werften.

Das Landratsamt Forchheim kann abweichend von der o. g. Vorschrift die Ausweisung neuer Baugebiete ausnahmsweise unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 2 WHG zulassen.

Im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet ist gemäß § 78 Abs. 4 Satz 1

i. V. m. Abs. 8 WHG die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach den §§ 30, 33, 34 und 35 des Baugesetzbuches untersagt.

Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen des Gewässerausbaus, des Baus von Deichen und Dämmen, der Gewässer- und Deichunterhaltung und des Hochwasserschutzes sowie des Messwesens.

Das Landratsamt Forchheim kann abweichend von der o. g. Vorschrift die Errichtung oder Erweiterung einer baulichen Anlage im Einzelfall unter den Voraussetzungen des § 78 Abs. 5 WHG genehmigen.

Im vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet ist gemäß § 78a Abs. 1 Satz 1

i. V. m. Abs. 6 WHG untersagt:

1. die Errichtung von Mauern, Wällen oder ähnlichen Anlagen, die den Wasserabfluss behindern können,
2. das Aufbringen und Ablagern von wassergefährdenden Stoffen auf dem Boden, es sei denn, die Stoffe dürfen im Rahmen einer ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft eingesetzt werden,
3. die Lagerung von wassergefährdenden Stoffen außerhalb von Anlagen,
4. das Ablagern und das nicht nur kurzfristige Lagern von Gegenständen, die den Wasserabfluss behindern können oder die fortgeschwemmt werden können,
5. das Erhöhen oder Vertiefen der Erdoberfläche,
6. das Anlegen von Baum- und Strauchpflanzungen, soweit diese den Zielen des vorsorgenden Hochwasserschutzes gemäß § 6 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 und § 75 Absatz 2 WHG entgegenstehen,
7. die Umwandlung von Grünland in Ackerland,
8. die Umwandlung von Auwald in eine andere Nutzungsart.

Satz 1 gilt nicht für Maßnahmen des Gewässerausbaus, des Baus von Deichen und Dämmen, der Gewässer- und Deichunterhaltung, des Hochwasserschutzes, einschließlich Maßnahmen zur Verbesserung oder Wiederherstellung des Wasserzuflusses oder des Wasserabflusses auf Rückhalteflächen, für Maßnahmen des Messwesens sowie für Handlungen, die für den Betrieb von zugelassenen Anlagen oder im Rahmen zugelassener Gewässerbenutzungen erforderlich sind.

Das Landratsamt Forchheim kann abweichend von der o. g. Vorschrift Maßnahmen zulassen, wenn

1. Belange des Wohls der Allgemeinheit dem nicht entgegenstehen,
2. der Hochwasserabfluss und die Hochwasserrückhaltung nicht wesentlich beeinträchtigt werden und
3. eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden nicht zu befürchten sind

oder wenn die nachteiligen Auswirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können. Die Zulassung kann, auch nachträglich, mit Nebenbestimmungen versehen oder widerrufen werden. Bei der Prüfung der Voraussetzungen der Nummern 2 und 3 sind auch die Auswirkungen auf die Nachbarschaft zu berücksichtigen.

In festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten ist gemäß § 78c Abs. 1 Satz 1 WHG die Errichtung neuer Heizölverbraucheranlagen verboten.

Das Landratsamt Forchheim kann auf Antrag Ausnahmen von dem Verbot der o. g. Vorschrift zulassen, wenn keine anderen weniger wassergefährdenden Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen und die Heizölverbraucheranlage hochwassersicher errichtet wird.

Nach § 78c Abs. 3 Satz 1 WHG sind Heizölverbraucheranlagen, die am 5. Januar 2018 in festgesetzten oder in vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten vorhanden sind vom Betreiber bis zum 5. Januar 2023 nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher nachzurüsten.

Sofern Heizölverbraucheranlagen nach § 78c Abs. 3 Satz 3 WHG wesentlich geändert werden, sind diese abweichend von Satz 1 zum Änderungszeitpunkt hochwassersicher nachzurüsten.

Die vorläufige Sicherung ist Grundlage für weitere Entscheidungen des Landratsamtes Forchheim über die Festsetzung eines Überschwemmungsgebietes durch Rechtsverordnung.

Weitere Informationen:

Alle ermittelten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete werden im Internet unter der Adresse https://www.lfu.bayern.de/wasser/hw_ue_gebiete/informationsdienst/index.htm im „Informationsdienst Überschwemmungsgefährdete Gebiete in Bayern“ für die Öffentlichkeit dokumentiert. Dort sind auch weitere Informationen über Überschwemmungsgebiete sowie rechtliche Grundlagen und Hinweise zum Festsetzungsverfahren enthalten.

Ebermannstadt, 26.06.2018

Landratsamt Forchheim

Steblein

Regierungsrätin

4.

Landratsamt Forchheim
-Dienststelle Ebermannstadt-
Fachbereich Umweltschutz, Abfallrecht, Wasserrecht
Az.: 44-8631-68/17

**Vollzug des Wasserrechts (WHG, BayWG) und des Gesetzes
über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG);
Niederbringung einer Bohrung zur Errichtung des Tiefbrun-
nen VII des Zweckverbandes zur Wasserversorgung der He-
roldsbacher Gruppe;
Verzicht auf die Umweltverträglichkeitsprüfung;**

**Bekanntmachung
gemäß § 5 Abs. 2 Satz 1 UVPG**

Der Zweckverband zur Wasserversorgung der Heroldsbacher Gruppe versorgt die Gemeinden Heroldsbach und Hausen. Mit Schreiben vom 12.12.2017 zeigte der Zweckverband die Bohrung zur Errichtung des Tiefbrunnen VII im Wassergewinnungsgebiet „Heroldsbach West“ an.

Im Rahmen des Verfahrens war gem. § 5 Abs. 1 UVPG vom Landratsamt Forchheim festzustellen, ob für das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss. Nach Nr. 13.4 der Anlage 1 zum UVPG ist für die Bohrung zum Zweck der Wasserversorgung eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles vorgesehen. Gem. § 7 Abs. 1 erfolgt die Prüfung überschlägig anhand der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien.

Eine UVP-Pflicht liegt vor, sofern davon ausgegangen wird, dass die Maßnahme erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann. Dies wurde sowohl seitens der unteren Naturschutzbehörde des Landratsamtes Forchheim, als auch seitens des amtlichen Sachverständigen, dem Wasserwirtschaftsamt Kronach, verneint.

Das Landratsamt Forchheim sieht in diesem Fall daher nicht die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Gemäß § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Ebermannstadt, den 20.06.2018

Steblein

Regierungsrätin

5.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die Haushaltssatzung des Schulverbandes wurde durch das Landratsamt Forchheim mit Schreiben vom 25.05.2018, Az.: 2/21 – 9410, zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Der Haushaltssatzung samt ihren Anlagen liegt gemäß Art. 9 Abs. 9 BaySchFG i.V. m. Art. 40 Abs. 1 KommZG und Art. 65 Abs. 3 GO bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich auf. Nachstehend wird die Haushaltssatzung hiermit amtlich bekanntgemacht:

**Haushaltssatzung
des Schulverbandes Gößweinstein
(Landkreis Forchheim)
für das Haushaltsjahr 2018**

Auf Grund der Art. 9 des Bayer. Schulfinanzierungsgesetzes – BaySchFG-, Art. 35 KommZG sowie der Art. 63 ff der Gemeindeordnung erlässt der Schulverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigefügte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt; er schließt **im Verwaltungshaushalt** in den Einnahmen und Ausgaben mit 699.100 €

und

im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 310.900 €

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Schulverbandsumlage:

1. Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf (Umlage-soll) zur Finanzierung von Ausgaben im Verwaltungshaushalt wird für das Haushaltsjahr 2018 auf 241.225 € festgesetzt und nach der Zahl der Verbandsschüler auf die Mitglieder des Schulverbandes umgelegt (Verwaltungsumlage).

2. Für die Berechnung der Schulverbandsumlage wird die maßgebende Schülerzahl nach dem Stand vom 01.10.2017 auf 111 Verbandsschüler festgesetzt.

4. Die Verwaltungsumlage wird je Verbandsschüler auf 2.172,97 € festgesetzt.

5. Die Investitionsumlage wird je Verbandsschüler auf 253,78 festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf 116.000 € festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Diese Haushaltssatzung tritt mit dem 01. Januar 2018 in Kraft.

Gößweinstein, den 27.04.2018

Schulverband Gößweinstein

Hannörg Zimmerrmann

Schulverbandsvorsitzender

6.

Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2018

Die Haushaltssatzung des Zweckverbandes wurde durch das Landratsamt Forchheim mit Schreiben vom 30.05.2018, Az.: 2/21 – 9140, zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltssatzung enthielt keine genehmigungspflichtigen Bestandteile.

Die Haushaltssatzung samt ihren Anlagen liegt gemäß Art. 40 Abs. 1 KommZG i.V.m. Art. 65 Abs. 3 GO bis zur nächsten amtlichen Bekanntmachung einer Haushaltssatzung beim Zweckverband zur Wasserversorgung der Wiesentgruppe Sachsenmühle während der allgemeinen Geschäftsstunden öffentlich auf.

Nachstehend wird die Haushaltssatzung hiermit amtlich bekannt gemacht.

**Haushaltssatzung
des Zweckverbandes zur Wasserversorgung
der Wiesentgruppe Sachsenmühle,
91327 Gößweinstein, Landkreis Forchheim
für das Haushaltsjahr 2018**

Aufgrund des § 10, Absatz 1, Ziff. 3 und 4 der Verbandssatzung und § 41 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) in Verbindung mit Art. 63 ff. der Gemeinde-

ordnung (GO) erläßt der Zweckverband folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigelegte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird hiermit festgesetzt.

Er schließt

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit
727.700 EUR

und

im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit
1.029.000 EUR

ab.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und

Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf
EUR

0

festgesetzt.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögenshaushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Eine Betriebskostenumlage wird nicht erhoben.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haushaltsplan wird auf festgesetzt.
300.000 EUR

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht vorgenommen.

§ 7

Die Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2018 in Kraft.

Sachsenmühle, 13. April 2018

Zweckverband zur Wasserversorgung
der Wiesentgruppe Sachsenmühle

Hannörg Zimmerrmann

Verbandsvorsitzender

7.

**13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, 17.07.2018 um 15:00 Uhr
im Landratsamt, Kulturraum St. Gereon**

TAGESORDNUNG:

1. Kenntnisnahme von der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 17.04.2018
2. 18/1042
Vorstellung der Jahresberichte 2017
3. 18/1044
Elternbefragung 2018 zur Kinderbetreuung
4. 18/1043
Richtlinien für die Tagespflege im Landkreis Forchheim 2018
5. 18/1045
Bericht 2018 zur Umsetzung des Maßnahmenplans 2016 der Jugendhilfeplanung
6. 18/1046
Änderung des Ausschussbesetzung des Jugendhilfeausschusses
7. Wünsche - Anträge - Informationen

Forchheim, 25.06.2018

Hermann Ulm

Landrat